

09 Andreas Busen

Signet und O-Ton

[0:04] Erschöpfung statt Gelassenheit. Warum Achtsamkeit die falsche Antwort auf so ziemlich jede Frage ist. Ein Podcast von Katrin Fischer. Ob da Solidarität zumindest als Begriff oder als eine begriffliche Strategie tatsächlich die Lösung oder auch nur irgendwie ein Heilmittel ist, bin ich mir nicht so sicher. Da ist man dann ganz schnell immer bei dieser Formulierung der gelebten Solidarität, wo ich aber auch im Einzelfall immer erstmal unsicher bin, was genau damit gemeint ist.

Kathrin Fischer:

[0:39] Was genau ist mit gelebter Solidarität gemeint? Gibt es auch ungelebte Solidarität? Brauchen wir in unserer individualistischen Gesellschaft mehr Solidarität? Müssen wir, wie seit den Pandemie Jahren jede zweite Zeitung es irgendwann mal formuliert, mehr Solidarität wagen? Hilft Solidarität? Ist sie die Grundlage unseres Zusammenlebens? Verändert sie unsere Demokratie zum Besseren? Ist Solidarität vielleicht sogar der Gegenbegriff zu Hyperindividualismus? Benennt sie Verbundenheit statt Vereinzelung? Diese Fragen habe ich mit Dr. Andreas Busen besprochen, denn er ist Solidaritätsexperte. Andreas Busen ist seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich politische Theorie und Ideengeschichte an der Uni Hamburg und seit 2018 assoziierter Wissenschaftler am Institute for European Integration. Er hat 2016 zur Solidarität promoviert und im Oktober dieses Jahres erscheint im Junius-Verlag eine Einführung in die Theorien der Solidarität, die er gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler Dr. Stefan Walaschek verfasst hat. Neben Solidarität forscht Andreas Busen unter anderem auch zu Demokratie und Partizipation.

Kathrin Fischer:

[1:48] Andreas Busen und ich haben abends mit einer etwas instabilen Internetverbindung miteinander gesprochen. Und wenn ihr zu Beginn eine Katze miauen hört, dann ist das die Katze von Andreas Busen, die fand, sie müsse beim Gespräch dabei sein. Ihr müsst also nicht vor eurer eigenen Tür nachschauen. Alle Begriffe, Personen oder Bücher, die erwähnt wurden, findet ihr wie immer in der Reihenfolge ihres Erscheinens im Text zu dieser Folge. Und jetzt wünsche ich euch viel Spaß mit dem Gespräch zu einem schillernden und ziemlich unklaren Begriff. Ja, einen schönen guten Tag, Andreas Busen. Ich freue mich sehr, dass Sie sich die Zeit für dieses Gespräch nehmen.

Andreas Busen:

[2:22] Ja, vielen Dank für die Einladung. Ich freue mich sehr, hier zu sein und bin sehr gespannt auf unser Gespräch.

Kathrin Fischer:

[2:26] Wir wollen ja über Solidarität sprechen. Das ist ein Wort, das in den letzten Jahren sehr oft im Mund geführt wird, sehr populär ist. Und wir wollen auch über die Popularität dieses Begriffs sprechen. Aber ich habe mir überlegt, wir sprechen ja in diesem Podcast darüber, der einen bestimmten Fokus setzt. Ich setze mich hier ja kritisch mit den Folgen von Hyperindividualismus, von Ökonomisierung und sozusagen der immer erschöpfenderen Kultur der Eigenverantwortung

auseinander und möchte natürlich vor diesem Hintergrund über Solidarität sprechen. Und ich habe viele Jahre, ich glaube, so wie viele Menschen, Solidarität so ein bisschen als wärmenden Gegenbegriff zu einer kalten Vereinzelung wahrgenommen und auch als natürlich eine politische Praxis von Verbundenheit, Kooperation, Gemeinsinn.

Kathrin Fischer:

[3:13] Etwas, was uns in unserer institutionellen Verfasstheit vielleicht abhanden kommt. Im Mai 2020, also zu Beginn der Pandemiejahre, habe ich auch einen entsprechenden Beitrag in der Frankfurter Rundschau gefunden von dem Philosophen Philipp Hübel, der schreibt da, Zitat, also Beginn Corona, viele stellen jetzt die Systemfrage, wie wollen wir in Zukunft leben? Weiter im Hyperindividualismus, der die Freiheit jedes Einzelnen in den Vordergrund stellt, oder wollen wir auch international mehr Solidarität wagen? Zitat Ende. Ja, deshalb gleich zu Beginn die ganz große Frage an Sie. Ist das Gegensatzpaar aus Ihrer Sicht richtig gewählt? Also taugt Solidarität als Gegenbegriff zu Hyperindividualismus?

Andreas Busen:

[4:02] Und programmatisch gesehen kann das, glaube ich, als Gegenbegriff funktionieren. Das liegt aber, glaube ich, daran, und darüber werden wir möglicherweise später noch ausführlicher sprechen, der Solidaritätsbegriff aufgrund seiner spezifischen Begriffsstruktur, das wäre zumindest meine These, für eine ganze Reihe von programmatischen Forderungen verwendet werden kann. Und dementsprechend auch an dieser Stelle funktioniert, aber nach meinem Dafürhalten nicht notwendig, der natürliche Gegenbegriff ist oder sozusagen der offensichtlichste Gegenbegriff, sondern einfach einer, der an der Stelle gut funktioniert als Chiffre für etwas, wonach hier eine Sehnsucht besteht. Wo aber möglicherweise anhand des Begriffs außer so einem wärmenden Effekt, also sowas Affektivem, was der auflöst, inhaltlich aber erstmal gar nicht unbedingt eine klare Vorstellung davon vermittelt wird, was hier eigentlich gefordert wird. Und das sagt schon, glaube ich, ganz viel über den Begriff aus.

Kathrin Fischer:

[5:00] Wir sprechen ja genau darüber, was das Unklare an dem Begriff ist. Aber Sie haben mich jetzt natürlich neugierig gemacht, dass ich kurz mal nachfragen würde. Was ist denn aus Ihrer Sicht der natürliche Gegenbegriff für Individualismus? Gleich die zweite große Frage zu Anfang.

Andreas Busen:

[5:16] Naja, auch da finden wir natürlich eine ganze Reihe von Kandidatenbegriffen, würde ich denken. Ich komme ja nun aus der politischen Theorie und tatsächlich ist meine eigene Beschäftigung mit dem Solidaritätsbegriff oder mit dem Konzept Solidarität, je nachdem jemand möchte, nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass ich in der politischen Theorie, also ich sage mal, mindestens um die Jahrtausendwende herum, den Solidaritätsbegriff überraschenderweise fast gar nicht vorgefunden habe. Und das, obwohl und gerade vor dem Hintergrund, dass er spätestens seit den späten 80ern und dann vor allem in den 90er Jahren aus dem US-amerikanischen Kontext kommen, dann aber in den 90er-Jahren auch im deutschsprachigen Raum ja sehr prominent, eine sehr, sehr

intensive, kritische Auseinandersetzung mit einer liberalen Perspektive, mit einer spezifischen Form von Liberalismus und eben damit verbunden auch genau solchen Konzepten wie sowas wie auf eine bestimmte Art und Weise verstandenen Individualismus, möglicherweise auch Hyperindividualismus, auch als eine gesellschaftstheoretische Bestandsaufnahme stattgefunden hat. Und dagegen sozusagen eine Position entwickelt worden ist, die verschiedentlich als Kommunitarismus bezeichnet worden ist.

Andreas Busen:

[6:32] Und gerade vor dem Hintergrund hätte man natürlich erwarten können, dass genau in einer solchen kommunitaristischen Kritik am Liberalismus, an einem bestimmten Individualismus, Atomismus, wie Charles Taylor das prominent formuliert hat zum Beispiel, dass da tatsächlich das als Gegenbegriff aufkommt. Aber überraschenderweise fast gar nicht, sondern eine ganze Reihe von anderen Begriffen. Da könnten wir jetzt ein bisschen durchgehen, was da kommt, aber da gibt es dann, also Patriotismus war ein Begriff, der sehr prominent verwendet worden ist, tatsächlich in einer spezifischen Art und Weise, also im besten Falle sozusagen ohne nationalistisches Dünkel, aber durchaus. Dann von Habermas und anderen mit so einer Verfassungspatriotismuswende sozusagen weitergedacht. Gemeinschaft natürlich als ein ganz großer Begriff, wo also sozusagen nochmal wirklich dieser klassische, auch soziologische Gemeinschaftsbegriff nochmal wieder neu belebt worden ist.

Andreas Busen:

[7:23] Aber auch zum Beispiel in einer sehr berühmten Studie von Robert Beller und Kollegen damals, die mit *Habits of the Heart* überschrieben war, also auch genau diese Überlegung zu sagen, spezifisch mit Blick auf die US-amerikanische Gesellschaft, ist uns hier in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Zuge einer fortschreitenden Liberalisierung, neoliberalen Bewegungen, einer bestimmten Form von ökonomischer Entwicklung, ist uns da nicht was Uramerikanisches verloren gegangen? Was doch eigentlich kennzeichnet war für die Art und Weise, wie wir zusammengelegt haben, gerade in den kleineren gemeinschaftlichen Kontexten, nämlich sozusagen eine bestimmte Form der Verbundenheit und sozusagen eines Zusammengehörigkeitsgefühls, das aber möglicherweise dann eben immer auf starken geteilten Werten auch basiert.

Andreas Busen:

[8:12] Also diese ganze Debatte mit genau dieser sehr, sehr großen Problematisierung auch sozusagen einer liberalen Form von Gesellschaft irgendwie, aber da eben der Solidaritätsbegriff überraschenderweise gar nicht.

Kathrin Fischer:

[8:27] Das ist eigentlich interessant. Das zeigt schon, dass das Problem ziemlich komplex ist, wenn man einfach nicht so einfach einen Gegenbegriff zu etwas finden kann. Also man würde ja zum Beispiel sagen, Individualismus, Kollektivismus, aber Kollektivismus ist dann auch sehr breit gefasst und kann all das beinhalten, was Sie gerade gesagt haben.

Andreas Busen:

[8:47] Ja, und gleichzeitig, und das ist natürlich immer so ein bisschen das, was mit jeder Entscheidung für einen Begriff einhergeht, hängt da einiges dran und wird damit sozusagen natürlich jeweils immer eine ganze Menge von anderen Dingen aufgerufen. Und bei Kollektivismus zucken wahrscheinlich relativ viele Leute zusammen und haben sofort das Bild einer sehr kruden sozialistischen Gesellschaftsorganisation oder so vor Augen zum Beispiel. Genauso wie Patriotismus, wo man ja auch erstmal zusammenzuckt und sagt, nee, warte mal, das ist aber irgendwie doch auch ein ganz gefährlicher Begriff. Und wo dann Alistair McIntyre zum Beispiel in einem sehr berühmt gewordenen Text eben danach fragt, ist Patriotismus eigentlich eine Tugend? Um darauf dann tatsächlich bejahend zu antworten und zu sagen, wenn wir ihn richtig verstehen, dann ist das sehr wohl eine Tugend und genau eine der zentralen Tugenden, die uns heute in liberalen Gesellschaft abhandengekommen sind. Aber auch damit wiederum wird sozusagen ein ganzer Assoziationsraum eröffnet, der dann sozusagen durchaus eben auch wiederum zur Ablehnung führen kann. Dann sagt man vielleicht doch, wenn das die Alternative ist, dann bleiben wir doch lieber bei dem liberalen Modell.

Kathrin Fischer:

[9:53] Ich muss auch ein bisschen an mich halten, um mich zu fragen, wie man Patriotismus richtig verstehen kann, weil ich fürchte, Sie haben keine ganz schnell kurze Antwort darauf.

Andreas Busen:

[10:01] Da müssten wir wahrscheinlich wirklich weiter hausholen. Und dann müsste man auch nochmal tatsächlich überlegen, ob man mit der These mitgehen möchte. Aber ja.

Kathrin Fischer:

[10:08] Also dann kommen wir doch nochmal zur Solidarität, wenn wir festgestellt haben, dass die Gegenbegriffe tatsächlich schwierig sind und Solidarität möglicherweise ja als Gegenbegriff verwendet wird, wie gut er taugt, darüber reden wir. Da habe ich zu Anfang auch nochmal eine Frage, die mich nämlich lange bei der Beschäftigung damit wie so ein kleines Störgeräusch im Ohr war, bis ich verstanden habe, was mich daran stört. Ich habe gedacht, muss man nicht zwischen zwei Ebenen unterscheiden, nämlich einer privaten und einer staatlichen. Also zum Beispiel privat erlebe ich öfter solidarisches Handeln, Beispiel Erdbeben in der Türkei und Nordsyrien. Viele Leute haben gespendet, hier in Flensburg wie überall auch wurden natürlich Hilfsgüter geschickt und so. Also schaue ich jetzt aber auf unsere staatliche Seite und ich verstehe dann Staat, da können Sie mich auch korrigieren, also den Sozialstaat ja eigentlich als eine staatlich und institutionell gebaute Solidarität. Dann sehe ich aber eher Sozialabbau und damit in der Folge ja eigentlich Entsolidarisierung. Also die Frage, muss man zwischen diesen beiden Ebenen privat und staatlich unterscheiden, wenn man über Solidarität spricht?

Andreas Busen:

[11:17] Da gibt es naturgemäß unterschiedliche Ansichten und wenn man jetzt mal so im KollegInnenkreis irgendwie, sei es jetzt andere PolitikwissenschaftlerInnen,

SozialwissenschaftlerInnen oder Ökonominen nachfragen würde, findet man da Positionen, die zum Beispiel sagen, der Wohlfahrtsstaat ist ein Paradebeispiel für eine bestimmte Art von Solidarität und andere, die sagen, nee, ist es gerade nicht. Ich glaube, ich würde mich da eher der letzteren Position zuordnen und sagen.

Andreas Busen:

[11:46] Auf einer staatlichen Ebene ist es ganz, ganz schwierig, von Solidarität zu sprechen, weil eine staatliche Ebene, also da, wo wir über gesetzlich verankerte Regelungen sprechen, wo wir über Institutionen sprechen und so weiter, im Prinzip ja immer genau auf Dauer angelegt ist. Das sind dauerhafte Einrichtungen, die im besten Falle wie von selbst ihren Zweck erfüllen. Und das würde nach meinem Dafürhalten ganz grundlegend dem widersprechen, was Solidarität ist. Also wie Sie es auch gerade beschrieben haben, in einer bestimmten Situation vor dem Hintergrund einer bestimmten Krisenerfahrung zeigen sich Menschen mit anderen solidarisch, handeln solidarisch und das ist nicht ein Dauerzustand, das ist nicht irgendwie etwas, was auf Dauer gestellt ist und möglicherweise würde eine solche Solidarität als eine dauerhafte Aktivität auch gar nicht funktionieren, sondern das ist etwas, was sozusagen ad hoc in einem bestimmten Moment in Reaktion auf eine bestimmte Situationswahrnehmung passiert, verbunden möglicherweise, da können wir aber nachher ausführlicher darüber sprechen, mit der Absicht, diese als problematisch wahrgenommene Situation zu verändern, zu transformieren und möglicherweise wirklich im besten Falle vielleicht sogar dauerhaft in einen anderen Zustand zu versetzen.

Andreas Busen:

[13:05] Und wenn dieser Zustand aber erreicht ist, dann bedarf es dieser Solidarität auch nicht mehr. Dann bedarf es sozusagen wieder einer anderen, einer neuen oder einer wieder aufflammenden Solidarität in einer Situation, wo die nächste Problemlage wahrgenommen wird, wo es das nächste Problem zu lösen gibt möglicherweise oder für das nächste Anliegen zu kämpfen gilt. All das ist aber genau nicht das, was in staatlichen Institutionen passiert. Staatliche Institutionen können insofern und auch der Sozialstaat kann insofern als das Ergebnis von Solidarität gesehen werden. In dem Moment, wo es aber sozusagen auf Dauer gestellt wird, fällt die Solidarität genau raus.

Kathrin Fischer:

[13:41] Ach, das heißt also zum Beispiel Arbeitskämpfe, gewerkschaftliche Streiks und so weiter, die für Rechte für ArbeiterInnen gekämpft haben, das sind dann solidarische Bewegungen. Und wenn das dann in Gesetze gegossen wird, dann würden Sie aber nicht mehr sagen, das ist jetzt auf Dauer gestellte Solidarität, sondern das Ergebnis von Solidarität und ist dann etwas anderes.

Andreas Busen:

[14:05] So würde ich das beschreiben. Es gibt natürlich die Möglichkeit zu sagen, insofern jetzt zum Beispiel eine bestimmte Art von Umverteilung, die dann auch in Form von einer gesetzlich gerahmten Politik dann auf Dauer gestellt ist, sollte man nicht das sozusagen auch als eine Art von Solidarität kennzeichnen, weil es sich eben da sozusagen um eine bestimmte Form von Umverteilung handelt. Ich würde sagen, das kann man an der Stelle machen, wo man sagt, eine fortdauernde

Bereitschaft zu dieser Umverteilung auf Seiten der BürgerInnen. Das ist vielleicht sozusagen eine Art von Solidarität, die damit sozusagen dieses gesetzliche Konstrukt trägt, genau diese staatlich verantwortete Politik trägt. Aber das Gesetz selber würde ich mich sehr schwer tun, das sozusagen in irgendeiner Form als Solidarität zu kennzeichnen.

Kathrin Fischer:

[14:53] Okay, das verstehe ich. Aber wir sind uns sozusagen einig darin, dass man sagt, in diese Gesetze sind solidarische Vorstellungen mit eingeflossen. Zum Beispiel bei einer umlagenfinanzierten Rente oder bei einer Krankenversicherung. Bevor es diese Gesetze gab, wäre ich verhungert, wenn ich krank gewesen wäre.

Andreas Busen:

[15:11] Genau. Nur gleichzeitig darf man, glaube ich, nicht den Rückschluss ziehen und sagen, nur weil ein bestimmtes Gesetz oder eine bestimmte gesetzlich verankerte Art von Umverteilung existiert, heißt das, dass gleichzeitig in der betreffenden Gesellschaft auch Solidarität vorhanden ist. Das heißt möglicherweise nur, dass aus anderen Kontingentengründen dieses Gesetz bisher nicht reformiert worden ist oder nicht angegangen worden ist. Aber das heißt nicht notwendig, dass deswegen sozusagen in der Gesellschaft die korrespondierende Solidarität tatsächlich existiert.

Kathrin Fischer:

[15:42] Das erleben wir ja auch immer wieder, Hartz-IV-Reformen oder sowas. Das kann man ja erleben, wie sich dann was verändert. Okay, darüber muss ich gleich nochmal nachdenken. Wir sprechen da ja gleich nochmal drüber gegen Ende. Wir haben jetzt erstmal schon mal ziemlich gut festgestellt, dass der Begriff offen und wie Sie auch sagen eigentlich gar keine Substanz hat. Also Solidarität ist anschlussfähig. Das merkt man tatsächlich auch von der völkischen Rechten bis zur Antifa, von den Gegnern der Corona-Schutzmaßnahmen bis zu den Bundesgesundheitsministern. Alle haben Solidarität eingefordert. Und Sie sagen, diese Anschlussfähigkeit liegt in der unklaren Bedeutung des Begriffs und das zieht sich schon durch die Geschichte. Und dann habe ich mir überlegt, weil ich ja auch einen Aufsatz von Ihnen gelesen habe, in dem Sie eben auch die Begriffsgeschichte nachziehen. Und das ist ganz spannend. Da machen wir das doch hier auch mal eben. Und ich dachte, er kommt aus der Arbeiterbewegung, aber ich habe mich total geirrt. Er ist viel älter.

Andreas Busen:

[16:37] Ja, also auch da natürlich gibt es unterschiedliche Geschichten, die man erzählen kann über die Solidarität. Und das hängt ein bisschen davon sicherlich ab, inwiefern man wirklich sich, so wie ich das gemacht habe, die Begriffsgeschichte im engeren Sinne anguckt und einfach guckt, wann wurde denn in welchen Kontexten, auf welche Art und Weise der spezifische Begriff tatsächlich genutzt, möglicherweise in seiner Bedeutung mit einem bestimmten Wandel oder mit anderen Bedeutungen versehen. Oder ob man, so wie das der Kollege Brunkhorst, jemals Flensburg, in einem sehr einflussreichen Buch Anfang der 2000er, glaube ich, gemacht hat, sagen, naja, es geht gar nicht um den Begriff, es geht um die dahinterstehende Idee mehr oder weniger und die kann man schon

bis in die griechische Antike zurückverfolgen und kann sich da in der antiken Bürgerfreundschaft sozusagen eine ursprüngliche Quelle von Solidarität oder so. Das erfordert natürlich sehr viel Interpretation und Zuschreibung und ist in gewisser Weise natürlich selbst der Versuch, den Begriff mit einer bestimmten Geschichte aufzuladen. Bei Hauke Brunkhaus konkret dann eben sozusagen als eine Vorform von Demokratie, um dann irgendwann nochmal die Wollte zu machen und zu sagen, der Demokratiebegriff ist im Prinzip der modernen Gesellschaft ein entsprechender Solidaritätsbegriff. Das ist eine schöne Erzählung, aber das hat sozusagen mit dem Begriff selber wenig zu tun. Und die Begriffsgeschichte ist tatsächlich, soweit ich das überblicken kann, ein bisschen eine andere.

Andreas Busen:

[18:04] Der Begriff, da sind sich die meisten, die sich mit der Begriffsgeschichte von Solidarität beschäftigen oder beschäftigt haben, eigentlich kommt zuallererst mal aus dem römischen Recht. Da finden wir eben eine spezifische Rechtsfigur, die alltagssprachlich gesagt so eine Art Gemeinschaftshaftung bedeutet irgendwie.

Andreas Busen:

[18:25] Und im Prinzip sozusagen an der Stelle, wo mehrere Schuldner in einer Schuldnergemeinschaft eben sich gemeinsam offensichtlich verschulden sozusagen, dass an dieser Stelle dann tatsächlich von einzelnen Mitgliedern die gesamte Summe eingefordert werden kann und tatsächlich Einzelne aus dieser Gemeinschaft für die gesamte Schuld haftbar gemacht werden können. Das ist sozusagen ein sehr, sehr spezifischer, sehr eingegrenzter Begriff, den wir da sozusagen im juristischen Kontext finden und der dann tatsächlich auch bis ins 18. Jahrhundert hinein durchaus Fortbestand hat, Und genau an den Stellen, wo dann tatsächlich auch, wie zum Beispiel im französischen Recht, sehr stark Bezug genommen wird und auch das römische Recht tatsächlich in den französischen Rechtskorpus inkorporiert wird, genau in dieser sehr engen Bedeutung Fortbestand hat. Und katholisch. Und tatsächlich findet dann erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts wiederum im französischen Kontext so etwas statt, was man eine Politisierung dieses Begriffs nennen kann, dass tatsächlich dieser Begriff da nachweislich zum ersten Mal jenseits dieses engeren Gebrauchs im juristischen Kontext verwendet wird. Und da gibt es eine Reihe von Gründen für, über die wir dann sprechen können, was dazu führt, dass tatsächlich dieser Begriff hier in einer ganz neuen Verwendungsweise auftaucht und warum vor allem er genau zu dieser Zeit in diesem Kontext diese neue Bedeutung zugeschrieben bekommt.

Kathrin Fischer:

[19:48] Genau, Sie schreiben, dass er sich im Frankreich des 19. Jahrhunderts sozusagen von einem juristischen Begriff oder einem Begriff, der überwiegend im Handel verwendet wurde, dann zu einem politischen Kampfbegriff verwendet. Das kann man ja sagen, ist er heute auch noch. Was ist denn da passiert? Wieso kommt das da?

Andreas Busen:

[20:06] Wie so oft, wenn man sowas nachvollziehen will, ist es ja erstmal gar nicht so einfach, aber dringend notwendig, sich, wenn irgend möglich, ein bisschen in die Zeit hinein zu versetzen und zu gucken, was ist die Situation, was ist die politische, was ist die gesellschaftliche Situation, was sind die Herausforderungen, die Probleme oder die Debatten der Zeit und eben vor allem die Probleme und Fragen auf die Antworten gesucht werden. Und zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Frankreich kommen eben mehrere Sachen zusammen, die sich als eine mannigfaltige Krisenerfahrung gemeinsam beschreiben lassen. Das hat zum einen was zu tun, natürlich mit einer ganz, ganz einschneidenden Veränderung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse oder besser gesagt der sozialen Verhältnisse. Also auch der Begriff Gesellschaft ist ja eben einer, der genau in diesem Kontext erstmalig geprägt wird, auch als ein Versuch sozusagen überhaupt diese neuen Verhältnisse beschreiben zu können. Also genau der Prozess, in dem sozusagen.

Andreas Busen:

[21:05] Vermittelt von Prozessen wie Industrialisierung, Arbeitsteilung, Verstädterung und damit einhergehend eben dann tatsächlich sozusagen auch schon frühen Formen von dem, was wir heute Individualisierung, wenn nicht sogar Vereinzelung nennen würden. Also zum Beispiel Dürkheim hat diese sehr berühmte Studie über den Selbstmord zum Beispiel dann in der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelt, weil das genau ein neues Phänomen auf eine Art und Weise ist. Weil genau hier sozusagen beobachtet wird, dass es eine ganz massiv zunehmende Zahl von Selbstmorden gibt, wo erstmal nicht so richtig zu erklären ist, wo die herkommen. Und dann sozusagen Dürkheim unter anderem versucht, auf diese veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse, auf diese Vereinzelung, die Individualisierung des Menschen sozusagen aus ehemals engen sozialen Kontexten in kleineren Dorfgemeinschaften und ähnlichen Zusammenhängen in die Stadt ziehen, weil sie dort ihr Geld verdienen müssen, dort eine ganz andere Art von Vereinzelung wahrnehmen. Und einer dieser Effekte tatsächlich sozusagen dann offensichtlich eine gestiegene Selbstmordrate ist. Also so Dürkheims Analyse in dieser Studie.

Kathrin Fischer:

[22:09] Darf ich Sie ganz kurz einmal unterbrechen? Das ist aber eine Sache, die ja nicht nur für Frankreich galt. Also für das, was Sie jetzt beschreiben, ist ja sozusagen von England ausgehend. Nein, nein.

Andreas Busen:

[22:19] Das ist erstmal ein Prozess, der in der Tat sozusagen in unterschiedlichen Kontexten sozusagen mit unterschiedlicher Intensität sozusagen fortschreitet. England ist natürlich der offensichtliche Kontext, der da ganz besonders früh sozusagen dran war. In Frankreich ist aber spätestens eben zu Beginn des 19. Jahrhunderts das auch sehr deutlich zu spüren. Dazu kommt aber in Frankreich natürlich, dass man in Frankreich auch bei der Frage, wie man möglicherweise eben nicht nur diese neuen Verhältnisse deuten soll und möglicherweise strukturieren, organisieren kann.

Andreas Busen:

[22:53] Damit natürlich auch immer vor der Frage steht, welche politische Ordnung oder welche politisch verfasste, dann auch gesellschaftliche und ökonomische Ordnung die angemessene sein könnte. Und dabei natürlich die sehr frische Erinnerung an einen Versuch hat, das zu beantworten mit der Französischen Revolution, die ja nicht nur gute Folgen hatte. Und die sich eben auch weder als belastbarer Entwurf in dieser konkreten Form erwiesen hat, weil sie sozusagen keine annähernd von Dauer seiende Ordnung geschaffen hat und im Übrigen natürlich auch sozusagen Stichwort Terror natürlich auch nicht ohne ihren Schrecken gewesen ist. Und gleichzeitig ist natürlich aber durch genau diese praktische Infragestellung der davor herrschenden Ordnung und das Ganze in Verbindung natürlich mit dem Denken der Aufklärung und weiteren Formen sozusagen der Hinterfragung traditioneller Ordnungsentwürfe, also religiös begründeter Ordnungsentwürfe oder anderweitig traditional begründeter Entwürfe, sozusagen auch diese Entwürfe und auch diese Ordnungsvorstellungen weitestgehend disqualifiziert sind und sich ganz im Übrigen natürlich auch als nicht mehr angemessen erweisen, um tatsächlich diese neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen, wirklich einhegen zu können und all die Dynamiken, die sich daraus ergeben.

Kathrin Fischer:

[24:13] Das heißt, die Franzosen waren mehrfach verunsichert.

Andreas Busen:

[24:16] Definitiv, ja. So, und dann haben wir eben tatsächlich gerade vor dem Hintergrund der Revolution und sozusagen auch bestimmte Ideen, die mit der Revolution und dem revolutionären Denken, halt unwiderruflich in die Welt gesetzt waren und unwiderruflich die politischen Debatten in Frankreich mitgeprägt haben. Und dazu gehört natürlich dann unter anderem der Brüderlichkeitsbegriff als eben ein Teil dieser Trias Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Auch dieser Begriff war sozusagen einer, der nicht mehr komplett zurückgewiesen werden konnte, weil damit natürlich auf einen wichtigen Aspekt, nämlich sozusagen einer bestimmten Form von gegenseitigem Verhältnis innerhalb der Bürgerinnenschaft und einem bestimmten Selbstverständnis sozusagen als Staatsvolk durchaus was Wichtiges angesprochen war. Gleichzeitig aber der Brüderlichkeitsbegriff natürlich nicht zuletzt durch den revolutionären Terror auf eine Art und Weise auch disqualifiziert war oder zumindest sehr skeptisch beäugt wurde. Und genau das ist tatsächlich die Folie, vor der dann insbesondere von restaurativen Kräften in Frankreich und dem Restaurationsdenken heraus der Solidaritätsbegriff als ein Kandidat gewissermaßen identifiziert wurde als eine Alternative zum revolutionären Brüderlichkeitsbegriff.

Kathrin Fischer:

[25:33] Man muss ganz kurz sagen, restaurative Kräfte sind die, die die Monarchie wiederherstellen wollten, oder?

Andreas Busen:

[25:38] Die, die Monarchie wiederherstellen wollen, nicht notwendig in der ganz gleichen Art wie vorher sozusagen, aber in der Tat tatsächlich sozusagen eine Rückkehr zur ständischen Ordnung und auf jeden Fall auch auf einer religiösen Grundlage.

Kathrin Fischer:

[25:54] Da wundert man sich, dass die Solidarität im Mund führen nach heutiger Lesart.

Andreas Busen:

[25:58] Das ist genau das Überraschende, wenn man sieht sozusagen, dass da der Begriff geprägt wird, der dann zwar sehr schnell und in Reaktion darauf sozusagen auch von anderen Kräften, nicht zuletzt von den sogenannten Frühsozialisten, dann tatsächlich auch sehr schnell genutzt wird oder versucht wird sozusagen, diesen Begriff eben den restaurativen Kräften streitig zu machen oder ihn anders zu besetzen. Aber tatsächlich, der erste Impuls geht eben nachweislich aus dem Restaurationsdenken hervor. Und das kann man, glaube ich, nur verstehen, wenn man sieht, welche...

Andreas Busen:

[26:33] Welche Funktion dieser Begriff genau erfüllen soll. Und ein weiterer Aspekt, den man in diesen ganzen Debatten, nicht zuletzt in Frankreich, aber eben tatsächlich in dieser Zeit, also zu Beginn des 19. Jahrhunderts, nicht unberücksichtigt lassen darf, ist, dass bei all diesen Suchbewegungen, die ich angesprochen hatte, bei all diesen Fragen danach, wie sieht denn eigentlich sozusagen diejenige Ordnung aus, die am besten dazu angetan ist, Fortschritt zu verbürgen, Zivilisationen fortzuschreiben und so weiter und so fort, zunehmend auf Wissenschaft gebaut werden soll. Und zunehmend und zwar gerade vor dem Hintergrund sozusagen dessen, was erlebt worden war, was sozusagen an wissenschaftlichen Durchbrüchen gerade mit Blick auf sozusagen dann auch technologischen Fortschritt bereits erreicht worden war. Hier sozusagen sehr stark die Annahme, die Debatten prägt, dass auch in weniger technischen Bereichen, also eben sozusagen im Bereich von Philosophie oder dem, was wir heute Sozial- oder Gesellschaftswissen nennen würden, dass auch da sozusagen Wissenschaft zentral Auskunft geben kann.

Kathrin Fischer:

[27:43] Und wie hängt das dann mit Solidarität bei den restaurativen Kräften zusammen?

Andreas Busen:

[27:47] Ja, die Überlegung hier, die man da sozusagen in den entsprechenden Denkfiguren findet, ist zu sagen, wenn wir wissen wollen, wie wir eine gesellschaftliche Ordnung einrichten können, in der dauerhaft Frieden und Ordnung und Stabilität herrschen und wir tatsächlich nicht nur für den Moment, sondern langfristig und dauerhaft die verschiedenen Krisen der Vergangenheit bewältigen können, dann müssen wir dafür eine bessere Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten der sozialen Natur des Menschen oder in die Gesetzmäßigkeiten des menschlichen Zusammenlebens gewinnen.

Andreas Busen:

[28:31] Und die Denkfigur ist eine, wo dieser Solidaritätsbegriff in allererster Linie mal sowas bezeichnet, wie sozusagen eine natürliche Form der Beziehung von Menschen zueinander. Und das ist bei den Restaurationsdenkern, wo diese Überlegungen sehr stark eben religiös nochmal fundiert sind, dann häufig sozusagen im Rückgriff auf natürlich dann christliche Schriften und letzten Endes ist sozusagen die kurze Antwort mehr oder weniger, die gute, die natürliche soziale Ordnung ist die gottgewollte Ordnung. Aber das steht gar nicht so sehr am Vordergrund. Das hängt da zwar alles noch mit dabei, aber viele der Überlegungen lassen sich natürlich auch ganz schwer direkt aus den religiösen Schriften ableiten. Aber die Idee ist zu sagen, wenn wir eine Idee davon bekommen, was sozusagen die natürliche Beziehungsform des Menschen ist und die natürliche Form von dem, was man heute Vergesellschaftung nennen würde.

Andreas Busen:

[29:35] Dann können wir entsprechend darüber nachdenken, wie eine Ordnung aussehen würde, die auf genau diesen Erkenntnissen beruht und diese Erkenntnisse möglichst korrekt umsetzt. Und genau dann können wir tatsächlich sozusagen dauerhaft vermeiden, dass bestimmte Konflikte auftreten, weil wir ja sozusagen eine natürliche Harmonie oder eben sozusagen diese natürliche Solidarität zwischen den Menschen tatsächlich praktisch realisiert haben.

Kathrin Fischer:

[30:03] Es ist natürlich heutzutage immer, wenn das Wort natürlich fällt, zucken alle zusammen und ganz oft ist es so, dass natürliche Ordnung einfach keinerlei Privilegien, Veränderung beinhalten oder der Rekurs darauf. Es erscheint mir jetzt auch ein bisschen ähnlich, dass man sagt, wir haben eine natürliche Ordnung, die ist Gott gewollt und Überraschung, die ist so, wie es vorher war.

Andreas Busen:

[30:24] Definitiv. interessanterweise ist aber tatsächlich dann, ich hatte das gerade angesprochen, in dem Moment, wo der Begriff dann von konkurrierenden politischen Strömungen, also seien es jetzt sozusagen die Frühsozialisten oder seien es zum Beispiel bestimmte im engeren Sinne ökonomische Denker und tatsächlich auch sozusagen politisch Aktive, die dann für eine bestimmte, wie man heute vielleicht sagen würde, liberale Wirtschaftsordnung eintreten, sich der gleichen Figur bedienen und sich gleich gleichermaßen des Solidaritätsbegriffs bedienen und dann natürlich zu ganz anderen Schlussfolgerungen kommen. Nicht zuletzt, weil tatsächlich sozusagen diese natürliche Form der menschlichen Beziehung ganz anders gedeutet wird. Aber die Figur, also diese Denk- und Argumentationsfigur, die mit dem Solidaritätsbegriff aufgerufen wird, die ist da überall die gleiche. Aber interessanterweise lässt sich sozusagen diese Figur eben ideologisch ganz unterschiedlich ausfüllen.

Kathrin Fischer:

[31:22] Da kommen wir ein bisschen dazu hin, warum der Solidaritätsbegriff so unklar ist. Aber wir können ja vielleicht nochmal ganz kurz zu den anderen beiden sprechen, weil ich fand das auch interessant. Es gibt die Frühsozialisten, die eben eine sozialistische Ordnung wollen und es gibt die

Nationalökonomien, die eher für Marktliberalismus plädieren und alle beziehen sich auf Solidarität aus heutiger Sicht halt wirklich erstaunlich.

Andreas Busen:

[31:44] Ja, definitiv. Und der Punkt ist, glaube ich, wirklich nur nachzuvollziehen, wenn man davon wekommt zu denken, dass dieser Begriff tatsächlich im Kern eine substanzielle Bedeutung hat und möglicherweise eben nur einer von diesen drei Richtungen vielleicht richtig gelegen haben könnte und die anderen lagen irgendwie daneben oder so. Sondern zu sehen, dass der Begriff tatsächlich eben eine bestimmte Form von Argumentations- und Begründungsfigur liefert.

Andreas Busen:

[32:15] Die eben verschiedene Dinge miteinander verbindet, die einerseits sagt, wir haben einen bestimmten Gesellschaftsentwurf, wir haben einen bestimmten Entwurf für eine politische Ordnung oder für eine ökonomische Ordnung, den wir aber sozusagen als Nicht-Kontingenz ausweisen können, den wir ausweisen können als etwas, was im Gegenteil wissenschaftlich fundiert ist. Weil wir nämlich auf Solidarität rekurrieren und Solidarität ist ja im Übrigen ein gewissermaßen proto-sozialwissenschaftlicher Begriff, der erstmal nur empirisch, wenn man so möchte, sozusagen eine bestimmte Form von Sozialbeziehung erfasst. Und wir machen nichts anderes, als sozusagen wissenschaftlich zu erfassen, was diese natürliche Beziehung zwischen den Menschen, was diese natürliche Solidarität, dieses Naturgesetz, dieses soziale Naturgesetz ist und leiten daraus dann sozusagen einerseits eine Krisendiagnose ab, können mithilfe sozusagen dieser Bestimmung zum einen nochmal sehr genau erklären, woher die gegenwärtigen Krisen eigentlich kommen und können gleichzeitig sozusagen dann aber auch sagen, was getan werden müsste, um diese Krisen zu überwinden und eben eine Gesellschaft herzustellen, die besser in Übereinstimmung ist mit diesen naturgesetzlichen Bestimmungen.

Kathrin Fischer:

[33:37] Jetzt habe ich, glaube ich, verstanden, was Sie mit dreifacher Bewegung meinten. Also Sie meinen zum einen, wenn ich das mal zusammenfassen darf, und dann können Sie ja widersprechen, wenn ich es falsch verstanden habe, aber dass man sagt, okay, ich beziehe mich, ich leihe mir sozusagen Autorität in der Beschreibung der Sachlage, indem ich sage, das ist eine natürliche Beschreibung, das heißt, ich beziehe mich auf Fakten. Ich tue so, als würde ich nicht interpretieren, sondern beziehe mich auf Fakten. Und dann kann ich daraus meine Krise beschreiben und kann auch noch ableiten, wie ich intervenieren muss. Ist das dieser dreifache Schritt, den Sie vorhin genannt haben in der Solidarität?

Andreas Busen:

[34:17] Ja, ungefähr so. Und ich glaube, dass man sozusagen, auch wenn man sich anguckt, wie der Solidaritätsbegriff dann in der Folge und auch heute noch verwendet wird, sich genau anhand dieser Art von Bewegung jeweils beschreiben und charakterisieren lässt. Oder sozusagen jeder Aufruf zur Solidarität oder auch jede Solidaritätsbekundung tatsächlich im Prinzip sich genau damit jeweils aufschlüsseln lässt.

Kathrin Fischer:

[34:42] Also Sie würden sagen, von der Geschichte, also von der Französischen Revolution und dann dem 19. Jahrhundert in Frankreich, wo der Begriff sich sozusagen politisiert hat, wie Sie gerade dargestellt haben, bis über ja die prominenten Beispiele Arbeiterbewegung, Frauenbewegung. Würden Sie sagen, Sie können immer nachweisen, dass der Begriff diese argumentative Struktur aufweist, die Sie gerade gezeigt haben?

Andreas Busen:

[35:07] Ich glaube zumindest, dass man sehr viele konkrete Instanzen, in denen der Begriff Verwendung findet, damit aufschlüsseln kann oder andersrum erklären kann, warum in diesen konkreten Momenten genau dieser Begriff verwendet wird. Denn das könnte ja tatsächlich im Zweifel auch nochmal die Frage sein im Einzelnen, dass man sich immer fragt, aber warum wird denn hier genau zur Solidarität aufgerufen? Warum wird hier genau an Solidarität appelliert? Warum wird hier genau Solidarität bekundet und nicht irgendwas anderes? Und gerade wenn man dann das, was Sie ja schon gerade angesprochen hatten, sieht, wie sich das nochmal potenziert hat, diese Solidaritätsbekundungen und Anrufungen. Also wie wir tatsächlich ja heute wahrnehmen, dass alle und jeder sich solidarisch zeigt oder Solidarität bekundet oder einfordert in ganz, ganz unterschiedlichen Kontexten. Und die Frage ist ja immer, warum denn ausgerechnet Solidarität? Warum dient nichts anderes?

Kathrin Fischer:

[36:05] Könnten wir das denn mal an einem Beispiel uns anschauen? Ganz prominent wäre da natürlich die Pandemie, in der ja, wie ich es auch am Anfang gesagt habe, von allen möglichen verschiedenen Seiten zu Solidarität aufgerufen wurde und interessanterweise ja auch Wissenschaftlichkeit durch Christian Drosten irgendwie einen ganz neuen Status bekam oder Aufmerksamkeit. Vielleicht passt das ja ganz gut. Also können Sie das mal an dem Beispiel durchdeklinieren? Ist das möglich?

Andreas Busen:

[36:34] Ich bin mir nicht sicher, ob die Pandemie das beste Beispiel ist. Allerdings ist sie ein sehr spannendes Beispiel. Und das können wir vielleicht nochmal auf eine ganz interessante Weise vertiefen. Aber ich kann erstmal die Grundthese, über die wir jetzt gerade gesprochen haben, trotzdem einmal probieren zu belegen an diesem Beispiel oder einmal auszuprobieren, wie das funktioniert. Die Frage ist ja, wenn in einer Pandemie die MitbürgerInnen, nehmen wir mal als Beispiel sozusagen, dazu aufgerufen werden, sich solidarisch zu verhalten oder dass jetzt eben Solidarität gezeigt werden müsse oder dass eben diese Krisensituation jetzt eine solidarische Haltung verlangt oder so. Also das ist im Prinzip so ein ganz klassischer Solidaritätsaufruf, der da erfolgt. Spannend natürlich erstmal zu gucken, wer ist eigentlich hier die Sprecherin? Wer ruft hier eigentlich auf? Und woher nimmt dieser Aufruf sozusagen seine Kraft oder worauf basiert er denn eigentlich? Warum sollte ich diesem Aufruf möglicherweise folgen?

Andreas Busen:

[37:40] Und mit dem Aufruf erfolgt ja erstmal typischerweise eine Aufforderung zu einem bestimmten Verhalten, zu einem bestimmten Handeln. Also zum Beispiel gab es ja diese Figur zu sagen, solidarisch zu sein in der Krise heißt, sich impfen zu lassen. Und sich nicht impfen zu lassen ist ein unsolidarisches Verhalten. Also das ist ja eine klare, tatsächlich auch normative Aussage an der Stelle. Das ist ja eine klare Bewertung, mit der eben tatsächlich ein bestimmtes Verhalten als richtig und ein anderes Verhalten als falsch, als problematisch, als schlecht gekennzeichnet werden kann. Und die Frage ist, woher bekommt der Anruf von Solidarität an dieser Stelle diese normative Kraft? Das ist erst mal bemerkenswert, weil das kommt ja nicht aus dem Begriff selbst heraus sozusagen. Und dann kann man gucken, was für eine Figur steckt dahinter. Und die Figur, die dahinter steckt, ist doch eine, in der mit dem Verweis auf Solidarität gleichzeitig eine bestimmte Vorstellung davon aufgerufen wird, in welcher Beziehung wir als MitbürgerInnen zueinander stehen. Und das ist sozusagen die Voraussetzung dafür, dass dann tatsächlich diese normative Schlussfolgerung korrekt geschlussfolgert werden kann.

Andreas Busen:

[39:01] Und an der Stelle wird sozusagen eine bestimmte Beschreibung und zwar eine mutmaßlich richtige, korrekte, objektive Beschreibung unserer Beziehungen als MitbürgerInnen zueinander aufgerufen, die da eben möglicherweise heißt, dass wir sind eben nicht sozusagen nur alle IndividualistInnen. Wir machen, was wir wollen, sondern auf einer bestimmten Ebene und zwar nicht als Menschen generell oder so, sondern in dem Fall möglicherweise als MitbürgerInnen, haben wir eine andere Art von Beziehung, die uns zueinander in Beziehung setzt konkret und die tatsächlich uns als MitbürgerInnen kennzeichnet. Und das heißt möglicherweise, sowas wie eine bestimmte Verantwortung füreinander einzunehmen oder zumindest aber, und das scheint mir vielleicht sogar noch wichtiger zu sein, die Bereitschaft auf bestimmte, eigene Vorteile zu verzichten oder bestimmte Einschränkungen der individuellen Freiheit in Kauf zu nehmen, wo sie dem Schutz der entsprechenden Freiheit der anderen zuträglich ist oder dafür eine Voraussetzung ist.

Kathrin Fischer:

[40:08] Wogegen sich ja auch viele gewährt haben, aber das wäre dann eine weitere große Diskussion.

Andreas Busen:

[40:13] Genau, aber das wird sozusagen, absolut, aber das ist sozusagen das, was implizit natürlich aufgerufen wird. Also eine bestimmte im Gestus sozusagen objektive Beschreibung dessen, was kennzeichnet uns eigentlich in unserer Eigenschaft als MitbürgerInnen. Und dann wird sozusagen vor dem Hintergrund einer bestimmten Krisensituation, einer bestimmten Herausforderung gesagt, daraus lässt sich jetzt sozusagen aus dieser deskriptiven Fassung unserer Beziehung zueinander, lässt sich folgerichtig ableiten, was das dementsprechende Handeln ist, vor dem Hintergrund dieser Krisensituation. Und daher bekommt das sozusagen die normative Kraft. Und diese normative Kraft erwächst aber sozusagen in diesem Solidaritätsaufruf absurderweise aus dieser mutmaßlich deskriptiven Fassung unserer Beziehung zueinander. Und dadurch wird verschleiert, dass natürlich diese mutmaßlich deskriptive Fassung unserer Beziehung zueinander selbstverständlich nicht

objektiv ist, selbstverständlich nicht unwidersprochen ist. Aber das ist sozusagen nach meinem Dafürhalten alles mit drin, genau in dem Moment, wo ich den Solidaritätsbegriff verwende, wo ich sozusagen zur Solidarität aufrufe und damit aber tatsächlich ein ganz bestimmtes Handeln einfordere oder eben ein entsprechend anderes Handeln verurteile.

Kathrin Fischer:

[41:39] Interessant ist jetzt die Frage finde ich oder gibt zwei Fragen kann eigentlich eine Regierung zur Solidarität ihrer BürgerInnen aufrufen und wie erfolgreich aus ihrer Sicht war dieser Aufruf?

Andreas Busen:

[41:53] Also möglich ist das selbstverständlich, weil letzten Endes, ich würde das sozusagen immer unter einer performativen Perspektive betrachten. Also immer gucken, was für eine Art von Akt, möglicherweise was für eine Art von Sprechakt ist, das eigentlich da hier vollzogen wird. Und mit Blick darauf macht es möglicherweise durchaus einen Unterschied, wer der entsprechend handelnde Akteur ist. Das macht ja auch zum Beispiel einen Unterschied, ob eine Regierung ihre eigenen BürgerInnen zur Solidarität aufruft oder ob möglicherweise die Regierung eines anderen Landes zur Solidarität aufruft. Also da sieht man durchaus, dass natürlich sozusagen diese SprecherInnen-Position, also wer handelt hier, nochmal einen Unterschied macht. Aber grundsätzlich geht das natürlich und insofern würde man wahrscheinlich erstmal denken, dass spezifisch eine Regierung, da wo sie die eigene Bevölkerung adressiert, das durchaus gelingen kann, damit den gewünschten Erfolg herbeizuführen.

Andreas Busen:

[42:58] Gerade wo man dann sozusagen möglicherweise sich als Regierung selber als verantwortungsbewusst damit im Prinzip auch präsentieren kann. Im konkreten Fall hat das möglicherweise trotzdem nicht wahnsinnig gut funktioniert. Aber gerade auch deswegen, weil eben im Diskurs gleichzeitig auch wiederum konkurrierende Fassungen von Solidarität dem entgegenstanden, weil auch sozusagen diese Besetzung des Solidaritätsbegriffs in der Krise ja überhaupt nicht unwidersprochen war.

Kathrin Fischer:

[43:27] Und andere gesagt haben, das ist gerade eben nicht solidarisch, sondern das ist Zwangsausübung.

Andreas Busen:

[43:33] Zum Beispiel oder möglicherweise gesagt haben, nein, die eigentliche Solidarität, die jetzt in der Pandemie gefordert ist, ist eine andere. Und das ist ganz spannend zu sehen, was es da sozusagen für andere Fassungen der Solidarität in der Pandemie gab und welche anderen Forderungen. Und ganz prominent für mich war zum Beispiel und besonders interessant dieser Aufruf zur Nachbarschaftshilfe. Also dieser dann sehr stark über soziale Medien geteilte Aufruf, man müsse doch, wo man dazu in der Lage ist, unbedingt den anderen Bewohnern im eigenen Mietshaus

oder anderen Menschen in der Nachbarschaft Hilfe anbieten, da wo sie zu besonders vulnerablen Gruppen gehören, wo sie alt sind, möglicherweise nicht mehr einkaufen gehen können. Und wahre Solidarität sei es sozusagen, genau dort im Kleinen Hilfe anzubieten und zu unterstützen, wo es möglich ist. Und das war ein ganz interessantes Phänomen. Wenn man sich das ein bisschen genauer anguckt, das gab dann diesen Hashtag Nachbarschaftschallenge tatsächlich, was auch hochinteressant ist, dass das natürlich sofort zu einer Challenge wurde, der man sich stellen konnte oder an der man dann möglicherweise auch scheitern konnte.

Andreas Busen:

[44:52] Das ist wirklich hochinteressant zu sehen, wie das sozusagen über soziale Netzwerke sehr schnell zu so einer ganz großen Welle geworden ist und im Prinzip damit dann natürlich auch eine bestimmte Aufforderung zur Solidarität eine Eigendynamik entwickelt hat, bei der es dann natürlich spezifisch aufgrund der Form, wie sie vorgetragen wurde und wie sie sich verbreitet hat, natürlich ganz schwer wurde, dem zu widersprechen und zu sagen, der Solidarität ist das nicht.

Kathrin Fischer:

[45:23] Das ist schon interessant. Ich versuche gerade in meinem Kopf nochmal auch da ein bisschen Ordnung reinzubringen, was ich am Anfang gesagt habe. Ich glaube, ich bin schon jemand, der eigentlich auch an staatliches Handeln glaubt. Ist vielleicht eine komische Formulierung, ohne dass man jetzt das als Zwangsausübung immer versteht. Aber vor diesem Hintergrund, man hätte ja auch sagen können, es gibt eine Impfpflicht. Klar, ganz viele hätten sich dagegen natürlich gewehrt, aber es ist ja auch schon wieder eine Anrufung der BürgerInnen als private Personen, die sich aber als BürgerInnen dann doch in einer bestimmten Art und Weise verhalten sollen, weil man als Staat dann keine Möglichkeit hat, gesetzlich oder per Strafe oder so Einfluss zu nehmen. Das ist jetzt, glaube ich, ein bisschen unklar, die Frage. Aber ich finde, es ist ein großes Spannungsfeld.

Andreas Busen:

[46:19] Ja, ich habe aber schon eine Idee, glaube ich, in welche Richtung die Intuition geht, glaube ich, oder sozusagen das Gefühl geht. Weil klar, staatliches Handeln ist natürlich erst mal durchaus möglich und könnte auch mit Verpflichtungen einhergehen oder so. Und eine Pflicht, sei es jetzt sozusagen eine Pflicht, die sozusagen einfach durch die staatliche Handlungsmacht irgendwie dann auch eingefordert werden kann. Oder sei es auch eine moralische Verpflichtung oder sowas. Das hat einen anderen Charakter. Das ist eine Pflicht. Und eine Pflicht ist immer was, da kann man sich nur auf zwei Arten zu verhalten. Die kann man erfüllen oder man kann die nicht erfüllen und man weiß aber in dem Moment, wo man es nicht getan hat, dass man einen Fehler gemacht hat. Und das kann sozusagen ein moralischer Fehler sein, dann fühlt man sich vielleicht schlecht oder sieht sich dann sozusagen einem entsprechenden negativen Urteil ausgesetzt oder es ist möglicherweise mit anderen Konsequenzen behaftet. Also die dann entsprechend sozusagen mit dem staatlichen Gewaltmonopol dann auch durchgesetzt werden. Aber Solidarität, und das ist ein Punkt, der mit Blick auf Solidarität und verschiedenen Fassungen davon immer wieder aufgerufen wird, ist nicht im engeren Sinne eine Pflicht, hat also nicht den gleichen Charakter wie eine konkrete Pflicht im engeren Sinne oder eine Verpflichtung, ist aber gleichzeitig nichts, was jetzt komplett freiwillig ist oder was komplett altruistisch ist.

Andreas Busen:

[47:47] Moralphilosophisch gesprochen würde man ja immer sagen, das ist sowas supererogatorisches.

Kathrin Fischer:

[47:52] Das müssen Sie mir erklären. Was ist erogatorisch?

Andreas Busen:

[47:55] Super erogatorisch. Meist heißt an der Stelle tatsächlich sozusagen etwas, was genau in diesem Zwischenraum ist. Es ist keine Pflicht im engeren Sinne. Es ist aber eben auch nicht komplett freiwillig. Es ist kein reiner Altruismus, sondern es ist irgendwo dazwischen angesiedelt. So, und das führt dazu, dass im Gegensatz zu Pflichterfüllung sich solidarisch zeigen, auch aus der Sicht der Handelnden oder aus der Eigenwahrnehmung der Handelnden auf eine Art und Weise wertvoller und befriedigender wahrgenommen wird, glaube ich. Bei einer Pflichterfüllung, da kann ich zähneknirschend meine Pflicht erfüllen, ob ich das jetzt gut finde oder nicht, aber mir selber bringt das nichts.

Andreas Busen:

[48:39] Und klar, da, wo man sozusagen wirklich im engeren Sinne altruistisch ist, da gibt das natürlich im besten Fall eine direkte Belohnung. Da hat man direkt so ein warmes Gefühl und sagt, Mensch, das ist ja toll, dass ich da geholfen habe und so irgendwie. Und Solidarität funktioniert so ähnlich, glaube ich. Und Solidarität hat den zusätzlichen Vorteil, dass Solidarität da, wo sie eben ganz häufig im Gegensatz zu sowas wie Nächstenliebe oder so, nicht so sehr im Privaten operiert, sondern Solidarität, was ist, was ja immer im öffentlichen Raum funktioniert. Das macht ja keinen Sinn zu glauben, ich würde mich solidarisch verhalten, wenn ich das nicht auch genau so deklariere. Also nur an der Stelle, wo ich sozusagen mich sichtbar solidarisch zeigen kann, wo ich artikulieren kann, dass ich meine Solidarität hier bekunde oder so, nur da kann ich das ja sozusagen für mich erfolgreich als Solidarität auch verbuchen. Und genau durch diese Öffentlichkeit, die mit der Solidarität verbunden ist, kriege ich sozusagen nicht nur die Befriedigung, die ich bekomme, wenn ich altruistisch handle, sondern ich kriege sozusagen auch noch eine Form von öffentlicher Anerkennung oder kann mich sozusagen in einer Öffentlichkeit als auf der richtigen Seite stehend, sozusagen selbst wahrnehmen.

Kathrin Fischer:

[49:58] Und das ohne manchmal wirklich konkret handeln zu müssen. Also zum Beispiel, Ukraine ist ja so ein Beispiel, das haben sie glaube ich auch in einem Aufsatz. Ratzfatz färben sich überall auf allen sozialen Medien die Profilbilder blau-gelb. Und alle sind wahnsinnig solidarisch und ich frag mich dann, was ist damit gewonnen? Außer dass die Person ausdrückt, dass sie, wie Sie gerade gesagt haben, auf der richtigen Seite steht. Ist das nicht auch so eine gewisse, ich bin jetzt moralisch wohlfeile Art, sich solidarisch zu zeigen?

Andreas Busen:

[50:31] Ich glaube, zuerst mal erklärt das sozusagen die Konjunktur dieses sich solidarisch Zeigens oder auch der Anrufung von Solidarität, die wir gegenwärtig beobachten. Weil es im Zweifel relativ leicht zu haben ist und gleichzeitig aber individuell sozusagen viel zurückgibt. Also genau wie Sie sagen, ich finde das sehr treffend beobachtet. Es kostet mich noch nicht mal wahnsinnig viel. Es ändert möglicherweise auch gar nicht wahnsinnig viel. Aber den Effekt, den es sehr wohl hat, ist, dass ich sozusagen öffentlich sichtbar in meinem sozialen Netzwerk, in meiner entsprechenden medialen Bubble irgendwie als auf der richtigen Seite stehend sozusagen wahrgenommen werde. Und das ist natürlich im Zweifel aus einer individualistischen Perspektive betrachtet eine hinreichend große Motivation, das zu tun.

Kathrin Fischer:

[51:22] Aber soll es ja eigentlich gerade kein individualistisches Verhalten sein?

Andreas Busen:

[51:27] Ja, aber das ist tatsächlich sozusagen, was, glaube ich, diese Anrufung von Solidarität oder dieses Reklamieren von Solidarität eben durchaus auch ermöglicht. Und da sind wir wieder an dem Punkt, wo man sagt, naja, so ein ganz offensichtlicher Gegenbegriff ist es eben nicht per se. Man kann den Begriff auf eine bestimmte Art und Weise füllen, dass er zum Gegenbegriff wird, aber das muss nicht so sein.

Kathrin Fischer:

[51:52] Wir können ja nochmal, also Sie hatten schon gesagt, gerade auch das geht um das Verhältnis von Individuum und Kollektiv, von Ich und Wir, Gesellschaft, also in der Pandemie ja auch. Da würde ich gleich nochmal drüber sprechen wollen. Wo wir jetzt bei der Kritik des Begriffs sind, wollte ich nochmal auf zwei unterschiedliche Arten von Solidarität kommen, über die sie auch schreiben, es gibt Solidarität unter Betroffenen zum Beispiel. Also Arbeiter- und Frauenbewegungen waren da Beispiele, haben wir darüber geredet. Und das ist ja eine Art, die auch immer wieder kritisiert wird, dass man sagt, Solidarität wird auf bestimmte, vielleicht gewachsene Gemeinschaften oder Gruppen, die sich aus einer ganz bestimmten Erfahrung gründen, wird darauf reduziert. Das heißt, Solidarität möchte inklusiv sein, möchte sich mit anderen Menschen, Gruppen verbinden, sich mit denen solidarisch eben erklären und gleichzeitig basiert aber diese Solidarität auf einer Exklusivität. Also das erleben wir ja auch gerade, wenn man Arbeiter- und Frauenbewegungen hat. Wer eine Frau ist, das wird gerade sehr genau oder als Frau gelesen wird, wird gerade sehr genau in sehr vielen verschiedenen Gruppen ganz unterschiedlich definiert. Und das heißt, es gibt eine Kritik an Solidarität, die lautet, sie besteht auf Exklusivität. Wie sehen Sie das?

Andreas Busen:

[53:14] Ja, es ist nicht nur Exklusivität, sondern es ist auch, und das haben Sie ja jetzt auch mindestens indirekt schon angesprochen, an vielen Stellen natürlich notwendig mit einer bestimmten Form von Essentialisierung verbunden. Weil da, wo ich Solidarität innerhalb einer Gruppe oder unter den Mitgliedern einer spezifischen Gruppe einfordere, geht das natürlich, und da

sind wir jetzt wieder bei dem Punkt von vorhin, mit einer spezifischen Charakterisierung der Gruppe und der Natur der Gruppe einher. Weil nur aus sozusagen dieser Bestimmung der Natur der Gruppe, das Zwecks der Gruppe, der Identität der Gruppe, den konstitutiven Werten der Gruppe und so weiter und so fort, kann ich ja überhaupt erst ableiten, dass spezifisch in dieser Gruppe Solidarität gefordert ist und wie genau diese Solidarität übrigens auszusehen hat. Was genau diese Solidarität von den einzelnen Mitgliedern genau erfordert. Und damit setze ich aber natürlich immer als fundamental voraus, dass diese Gruppe tatsächlich genau so ist und lasse überhaupt keinen Widerspruch mehr zu über die Bestimmung der Gruppe oder sozusagen über konkurrierende Verständnisse dieser Gruppe irgendwie.

Andreas Busen:

[54:32] Und damit ist natürlich eben zum einen tatsächlich sozusagen eine Exklusion auch vorgenommen, aber das ist keine Exklusion, die notwendig an den Rändern der Gruppe dann stattfindet, sondern das kann auch durchaus eine Exklusion nach innen sein, weil sie eben bestimmte Personen, die sich genau mit dieser Selbstbeschreibung der Gruppe nicht identifizieren können, gleichermaßen ausschließt.

Kathrin Fischer:

[54:54] Zum Beispiel, ich bin ein homosexuelles Paar in einer bestimmten christlichen Gruppe. Wäre das ein Beispiel? Ich glaube, Sie haben ja auch Beispiele genannt in einem Aufsatz.

Andreas Busen:

[55:04] Ja, definitiv wäre sowas zum Beispiel. Also wenn ich sagen würde, ich gehöre einer bestimmten Religionsgemeinschaft an, zu deren konstitutiven Werten möglicherweise die Ablehnung von Homosexualität dazugehört. Dann hätte ich große Schwierigkeiten als homosexuelle Person für den Kampf um meine Anliegen, Solidarität innerhalb dieser Gruppe zu reklamieren. Weil das überhaupt nicht als berechtigte Solidaritätsforderung innerhalb dieser Gruppe wahrgenommen wird.

Kathrin Fischer:

[55:37] Aber wenn ich Leute suche, die mit mir den Altar schmücken, dann finde ich vielleicht welche.

Andreas Busen:

[55:41] Ja, oder wenn ich in einer bestimmten Notlage vielleicht bin oder sowas Und dann kriege ich möglicherweise materielle oder finanzielle Zuwendungen von anderen Gruppenmitgliedern, die sich da sozusagen tatsächlich in einer bestimmten Form von solidarischer Verpflichtung sehen, mir zu helfen, weil das tatsächlich den Werten der Gruppe basiert oder so. Aber das geht auch bei ganz vielen anderen Sachen. Und auch wenn ich zum Beispiel innerhalb einer sozialen Bewegung, hatten wir ja gerade angesprochen, wenn ich da mit einer bestimmten Solidaritätsforderung konfrontiert bin oder eine solche Forderung aufstelle und damit sage, wir müssen alle zusammenarbeiten, wir müssen alle an einem Strang ziehen und nur wenn wir gemeinsam kämpfen, wenn wir miteinander solidarisch sind, dann können wir unsere Ziele erreichen. Aber auch das basiert natürlich sozusagen

auf einer bestimmten Identifikation der Gruppe und ihrer Ziele oder möglicherweise der Probleme, die alle Gruppenmitglieder gemeinsam haben oder überwinden wollen oder so irgendwie. Und wenn ich das vielleicht anders sehe, weil ich sage, ja, ich bin zwar formal irgendwie dieser Gruppe zugehörig, aber ich stimme mit dieser Bestimmung der gemeinsamen Ziele und der gemeinsamen Identität nicht überein, dann wird es mir aber sehr schwer fallen, sozusagen das zu artikulieren, weil ich dann ja jemand bin, der sich unsolidarisch verhält.

Kathrin Fischer:

[57:01] Da merkt man schon, dass Solidarität nicht der warme Gegenbegriff ist. Also nochmal zu Individualisierung oder Hyperindividualisierung, weil man dann merkt auch, also wenn man sagt, wir sind solidarisch untereinander, ist es eine recht scharfe Begriffsarbeit oder Definitionsarbeit, die man da aneinander leisten muss, damit man solidarisch bleibt.

Andreas Busen:

[57:21] Ja, gleichwohl. Also mich interessiert tatsächlich ja immer gar nicht so sehr die konkrete Bestimmung im Sinne von, liegt hier Solidarität vor oder herrscht in dieser Gruppe Solidarität? Oder so diese Frage, die schon jetzt seit ein paar Jahren auch wieder, haben wir eigentlich genügend Solidarität innerhalb von Europa oder so oder in der Europäischen Union? Das sind Fragen, die so wissenschaftlich daherkommen, ja. Die so gestellt werden, als könnte man darauf sozusagen eine, ja, ein deskriptiv, eine mehr oder weniger objektive Antwort finden und das glaube ich halt nicht. Dafür ist sozusagen dieser Begriff viel zu, viel zu politisch, viel zu, ja, ideologisch anknüpfungsfähig irgendwie. Was aber natürlich schon spannend ist, ist zu gucken, was passiert denn in dem Moment, wo Menschen sich solidarisch erklären und was versuchen die damit zu ändern? Zum Beispiel mit Blick auf das Selbstverständnis einer bestimmten Gruppe. Also inwiefern kann zum Beispiel so eine Solidaritätsbekundung ganz bewusst ein Mittel zur politischen Intervention zum Beispiel sein? Also was passiert da sozusagen politisch an der Stelle, wo jemand tatsächlich den Solidaritätsbegriff auf- oder anruft?

Kathrin Fischer:

[58:41] Ein Beispiel, ich bin Russe und, das ist jetzt natürlich heikel, aber erkläre mich solidarisch mit Nawalny oder so, dann würde ich natürlich auch die gegenwärtige Regierung für illegitim erklären. Sowas in der Art?

Andreas Busen:

[58:53] Sowas in der Richtung, ja. Oder wir hatten vorhin das Beispiel Homosexualität. Das ist zum Beispiel ein Thema, das ich in einem jüngeren Aufsatz, den Sie, glaube ich, auch gelesen haben, auch anspreche. Also der Kampf zum Beispiel um sowas wie wirklich Gleichberechtigung auch von gleichgeschlechtlichen Paaren, also Stichwort Ehe für alle oder Same-Sex-Marriage oder wie das dann in den unterschiedlichen Kontexten heißt. Und wenn ich in einer Gesellschaft lebe, in der das nicht existiert, in der tatsächlich sozusagen gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe nicht offen steht und ich persönlich aber der Meinung bin, Das ist nicht gut so, das sollte geändert werden und zwar vielleicht sogar an der Stelle, wo ich selbst in einer heterosexuellen Beziehung bin.

Andreas Busen:

[59:35] Das ist ja ein relativ typischer Fall, den wir haben. Und da sind wir jetzt bei einer anderen Fassung von Solidarität. Die wird dann manchmal so eben nicht als Solidarität innerhalb einer Gruppe, sondern als Solidarität mit anderen, also trotzdem man nicht selbst betroffen ist, beschrieben. Und das kann auch ganz viele problematische Formen annehmen. Das kann natürlich auch genau all diese problematischen Effekte haben von Sprechen für andere und sozusagen anstelle von anderen sozusagen deren Bedürfnisse artikulieren oder so. Also so eine paternalistische Wendung nehmen, das kann auch ganz problematisch werden. Aber ich könnte natürlich in unserem konkreten Beispiel auch sagen, naja, also was uns verbindet und da rufe ich sozusagen jetzt eine andere Gruppe auf. Da sage ich jetzt nicht, wir sind gemeinsam in der Gruppe Homosexuelle zum Beispiel oder eben gleichgeschlechtliche Paare oder so, weil kann ich ja gar nicht, bin ich ja gar nicht, sondern ich sage, nee, aber uns verbindet was anderes. Wir sind nämlich alle Mitglieder dieser konkreten Gesellschaft, in der diesen Menschen die Ehe nicht offen steht. Und das halte ich deswegen für problematisch, weil ich der Meinung bin, dass unsere gemeinsame Bürgerschaft auf Gleichheit basiert und hier sozusagen Ungleichheit existiert. Und deswegen glaube ich, dass tatsächlich hier eine gesetzliche Änderung vonnöten ist, damit wir auch mit Blick auf die Institution Ehe tatsächlich unser Gleichheitsversprechen praktisch realisieren. Und genau diese Forderung formuliere ich sozusagen in Form einer Solidaritätserklärung.

Andreas Busen:

[1:01:02] Also wiederum, ich erkläre mich solidarisch mit der Gruppe und was ich damit sozusagen... Mindestens implizit, wenn ich explizit mache, ist zu sagen, ich glaube, uns verbindet eine bestimmte Sache, nämlich in dem Falle sozusagen Gleichheit oder der Anspruch, als Gleiche zusammenzuleben. Ich finde gleichzeitig, dieser spezifische Aspekt unserer gemeinsamen Ordnung wird dem nicht gerecht. Deswegen sollten wir das ändern und das betrifft nicht nur mich und die konkret Betroffenen, sondern im Übrigen auch euch alle anderen, auch liebe MitbürgerInnen.

Kathrin Fischer:

[1:01:34] Das ist das, was Sie am Anfang auch gesagt haben mit diesem Dreischritt in der argumentativen Struktur von Solidarität. Also das, was ich als übel identifiziere, dagegen richtet sich dann auch meine politische Intervention. Ich sage, hier gibt es keine Gleichheit und deshalb ist dann meine Solidaritätserklärung eine Intervention für Gleichheit, die dann eben in dem Fall auch gleichgeschlechtliche Paare trifft, aber eigentlich größer gefasst ist.

Andreas Busen:

[1:02:01] Ja, es ist immer die Frage, in welchem Kontext ich spreche sozusagen. Aber wenn ich an dieser Stelle sozusagen als Mitbürger, als Mitbürgerin mich hier solidarisch erkläre und das möglicherweise adressiere sozusagen an den Rest der Bürgerinnenschaft. Das ist ja gar nicht so, dass man notwendig sagen muss, Gleichheit erfordert dann aber doch bitte, dass das auf der ganzen Welt so ist oder weil Gleichheit ja ein universeller Wert ist oder so, sondern ich kann da durchaus anerkennen und sagen, nee, es geht mir jetzt tatsächlich um die Frage, wie wir unser Zusammenleben in dieser konkreten Gesellschaft verstehen. Und ich habe gute Gründe zur

Annahme, dass wir uns nicht zuletzt und vielleicht sogar besonders als Personen verstehen, die als Gleiches zusammenleben wollen. Und das ist eine streitbare Interpretation. Aber genau diese streitbare Interpretation lege ich vor an der Stelle, wo ich mich solidarisch erkläre und stelle sie sozusagen wiederum selbst zur Diskussion auf eine Art und Weise, positioniere mich aber sehr deutlich gleichzeitig damit.

Kathrin Fischer:

[1:02:59] Und das würden Sie als eine erfolgreiche Strategie, also in Irland, das war ja auch Ihr Beispiel im Aufsatz, in Irland war es ja eine erfolgreiche Intervention. Also diese Art von solidarischen Erklärungen kann durchaus sehr erfolgreich sein, wenn sie wahrscheinlich gut gemacht sind oder die öffentliche Meinungsbildung gut strategisch im Blick haben.

Andreas Busen:

[1:03:22] Das ist eine sehr richtige Beobachtung von Ihnen, glaube ich. Das ist tatsächlich, und das mag erstmal so ein bisschen desillusionierend klingen, gerade wenn man vielleicht mit dem Solidaritätsbegriff mehr verbindet oder bestimmte Dinge verbindet, dass es aber in der Tat am Ende des Tages sehr stark davon abhängt, wie genau der Gebrauch des Begriffs erfolgt. Oder wie sozusagen ein solches sich solidarisch zeigen, bekennen oder Solidarität einfordern, zu Solidarität aufrufen gemacht ist. Also wie gut, wie strategisch gut das umgesetzt ist. Und dann kann das sehr erfolgreich eingesetzt werden für ganz, ganz unterschiedliche Sachen.

Kathrin Fischer:

[1:04:10] Es gibt ja, glaube ich, mittlerweile auch eine ganz neue Form des solidarischen Handelns. Ich weiß nicht, würde ich das so denken, wenn man zum Beispiel an die solidarische Landwirtschaft denkt, dann kann ich solidarisch handeln, indem ich eine Abo-Kiste abonniere. Wie schätzen Sie das ein im Rahmen solidarischen Handelns?

Andreas Busen:

[1:04:33] Also die erste Rückfrage, die ich wahrscheinlich hätte, wäre zu sagen, was genau ist denn damit gemeint? Also was heißt denn hier eigentlich solidarisch? Und dann muss man sich genauer angucken, worauf zielt denn dieses System ab? Und das System, gibt es glaube ich ein paar unterschiedliche Modelle durchaus, aber soweit ich das verstehe, ist ja eines, das darauf abzielen soll, tatsächlich LandwirtInnen sozusagen eine Form von Unterstützung zukommen zu lassen gegen bestimmte Marktzwänge, denen sie unterworfen sind. Und die dazu führen, dass sie ihre Waren gewissermaßen unter Wert verkaufen müssen.

Kathrin Fischer:

[1:05:17] Und nicht nachhaltig produzieren.

Andreas Busen:

[1:05:21] Und die Idee ist doch zu sagen, die gegenwärtige ökonomische Ordnung, also der kapitalistische Markt, in dem die Produktion, die von diesem Landwirt vorgenommen wird, in dem die eingebunden ist, das verunmöglicht das auf eine Art und Weise oder erschwert das, aber eigentlich verunmöglicht das. Das können wir, glaube ich, ganz ehrlich genau so sagen. Und die Suchbewegung ist doch eines zu sagen, was könnte ein Mittel sein, dem entgegenzuwirken oder da sozusagen einen anderen Impuls zu setzen. Dann, wenn man das ein bisschen so durchdekliniert, dann fängt sozusagen der Aufruf zu Solidarität an der Stelle sozusagen wiederum für mich an viel Sinn zu ergeben, weil im Prinzip natürlich auch da wiederum im Hintergrund erstmal eine Vision einer anderen Form von Produktion oder sozusagen auch von Produktion und sozusagen dann auch den AbnehmerInnen irgendwie der entsprechenden Produkte steht und gesagt wird, eigentlich hätten wir das gerne anders. Gleichzeitig sehen wir aber möglicherweise, dass ein kompletter Systemwechsel zumindest so schnell nicht zu erreichen ist. Aber wir sehen da im Kleinen eine Möglichkeit unserer Vorstellung von einer besseren Ordnung näher zu kommen und damit tatsächlich auch ein anderes Verhältnis zwischen uns als KonsumentInnen und den produzierenden Landwirten praktisch umzusetzen und zu leben.

Andreas Busen:

[1:06:47] Und dann zu sagen, wenn das sozusagen die Beschreibung des Verhältnisses ist, das wir eigentlich für das Richtige halten.

Andreas Busen:

[1:06:58] Dann macht es Sinn sozusagen ein bestimmtes Verhalten, nämlich so ein Obstkisten-Abo oder möglicherweise, da gibt es ja auch so Modelle, wo man Aktien, so aktienähnliche Sachen sozusagen kauft und damit entsprechend die LandwirtInnen unterstützt und so weiter. Dann macht das Sinn sozusagen zu sagen, naja, das ist dann genau solidarisch, weil das dazu beiträgt, diese Vorstellung von den richtigen Verhältnissen praktisch wirksam werden zu lassen.

Kathrin Fischer:

[1:07:29] Und ja auch eine gewisse Öffentlichkeit erzeugen muss, damit man AbonnentInnen bekommt. Also da ist ja wahrscheinlich dann auch die Öffentlichkeit mit dabei. Okay. Okay.

Andreas Busen:

[1:07:42] Und wie gesagt, da kriegt man im besten Falle ja als jemand, der dann so ein Abo abschließt, gleich mehrere Sachen. Man kriegt nicht nur möglicherweise die Produkte, die man vielleicht ohnehin haben wollte, zu einem Preis, der nicht sehr viel schlechter ist als anderweitig irgendwie. Man kriegt vielleicht noch ein gutes Gefühl und man kriegt dazu außerdem noch eine bestimmte Form von Anerkennung. Nicht aus der gesamten Öffentlichkeit. Es geht ja gar nicht darum, dass sozusagen alle das jetzt vielleicht für ein gutes oder richtiges Verhalten halten. Aber doch von einer relevanten Gruppe und vielleicht sozusagen auch von einer Gruppe, der man sich selber besonders nahe sieht irgendwie oder deren Anerkennung einem besonders wichtig ist. Das ist ja sozusagen die nächste Dimension nochmal, die da drinsteckt, zu sagen, vor wem möchte ich denn

eigentlich sozusagen als solidarisch sichtbar sein? Könnte ja auch sein, dass ich sozusagen eine bestimmte Art von Unterstützung einer Person, einer bestimmten Gruppe zukommen lasse, aber nicht möchte, dass das viele Leute mitbekommen. Also ein spannender Punkt, den man sich da nochmal überlegen kann, ist die Frage, ist eigentlich sowas wie anonymes Spenden Solidarität?

Kathrin Fischer:

[1:08:52] Mir scheint, dass es sozusagen eine Konstante gibt und die ist, dass Solidarität das Verhältnis von Kollektiv und Individuum irgendwie regelt. Ich kann ja nicht mit mir alleine solidarisch sein. Ich brauche andere und die anderen muss ich irgendwie definieren. Entweder sind es meine Leute, meine Gruppe oder ich bin mit anderen solidarisch, was sie gerade gesagt haben. Das heißt, Solidarität ist schon eine Figur, die immer das Spannungsfeld von Individuum und Gemeinschaft irgendwie betrifft oder vielleicht sogar regelt.

Andreas Busen:

[1:09:19] Ja, definitiv. Also das würde ich auch so sehen. Und in der Tat, da haben Sie, glaube ich, völlig recht.

Andreas Busen:

[1:09:25] Setzt jeder Gebrauch des Begriffs, so würde ich das sehen, immer in Beziehung setzen, das jeweils Sprechenden, der jeweils Handelnden Person und einer Form von Kollektiv, irgendeiner Form von sozialer Gruppe, wenn man so möchte, voraus oder funktioniert gar nicht ohne das. Also implizit mindestens ist dieser Bezug immer drin. Also genau sozusagen das, was ich vorhin für den Diskurs im Frankreich des 19. Jahrhunderts schon gesagt hatte, da gibt es immer irgendeine Bestimmung und zwar eine doppelte Bestimmung in gewisser Weise. Das haben wir vorhin noch nicht so vertieft. Also nicht nur der Natur der betreffenden Gruppe, des betreffenden Kollektivs, sondern auch, welche Gruppe eigentlich die relevante Gruppe ist. Und das ist ja tatsächlich auch durchaus erstmal beliebig bestimmbar. Also wenn wir noch ein weiteres Beispiel nehmen wollen, das natürlich auch zu Recht ganz prominent gewesen ist in der jüngeren Vergangenheit und nach wie vor ist, ist sowas wie Solidarität mit Geflüchteten. Sei es sozusagen jetzt im innerdeutschen Diskurs oder sei es sozusagen auch, was den Diskurs an den Grenzen betrifft, wenn wir über Seenotrettung und andere Dinge sprechen.

Andreas Busen:

[1:10:39] Und auch da ist ja die Frage, woher nimmt denn sozusagen dieser Aufruf zur Solidarität mit Geflüchteten wiederum eigentlich seine normative Kraft? Oder andersrum, an welchen Stellen stößt dieser Aufruf, warum auf Ablehnung und wird gerade nicht befolgt?

Andreas Busen:

[1:10:56] Ist auch da natürlich wieder zu sehen, dass da eine bestimmte Identifikation sozusagen der relevanten Gruppe stattfindet. Nur, dass da eben genau die Bestimmung ist zu sagen, es geht gar nicht um eine partikuläre Gruppe. Da geht es überhaupt nicht um eine nationale Gemeinschaft. Da

geht es auch nicht um die Europäische Union oder so, sondern da geht es um unser Verhältnis als den Menschen auf der einen Seite der Grenze und den Menschen auf der anderen Seite der Grenze als Menschen. Und es gibt möglicherweise bestimmte Dinge, die wir einander gewissermaßen als Menschen schulden, weil unsere Beziehung als Menschen zueinander gekennzeichnet sein sollte durch bestimmte Aspekte. Und da kann man dann möglicherweise eine bestimmte Idee von Menschenrechten aufrufen oder eine andere Bestimmung dieser konkreten Beziehung. Aber der entscheidende Punkt ist, dass hier sozusagen gesagt wird, diese Solidarität ist eine Solidarität, die innerhalb der Gruppe der Menschheit mit Blick auf unsere Beziehung als Menschen zueinander gefordert ist. Und die hat gar nichts zu tun mit nationalen Zugehörigkeiten und so weiter und so fort. Ja, und genauso kann ich aber auch viel kleinere Gruppen natürlich dann sozusagen aufrufen mit einer bestimmten Formulierung von Solidarität.

Kathrin Fischer:

[1:12:08] Und ich kann es delegitimieren, indem ich diese Bezugsgröße, wenn ich sage, Menschenrechte interessieren mich nicht, ich denke in nationalen Einheiten, dann delegitimiere ich sozusagen die Grundlage, auf der ich Solidarität einfordere.

Andreas Busen:

[1:12:22] Zum Beispiel, oder? Vielleicht habe ich eine Vorstellung davon, dass ich sage, die Beziehungen von Menschen untereinander sind erstmal sehr wenig anspruchsvoll und haben eher was damit zu tun, dass man sich gegenseitig in Ruhe lässt. Und die Verantwortung für das Wohlergehen von Menschen liegt nicht bei anderen Menschen, sondern bei nationalen Regierungen. Und bei den jeweils zuständigen, in Anführungszeichen, nationalen Regierungen. Also da kann man sozusagen dann einfach eine konkurrierende Bestimmung dieser Beziehung oder sozusagen der Beziehung innerhalb dieser Gruppe aufrufen und sagen, nee, und dementsprechend ist an dieser Stelle tatsächlich, wächst sozusagen aus der Mitgliedschaft in dieser Gruppe, in dem Fall der Gruppe Menschheit, nicht sozusagen diese Verpflichtung, die hier aufgerufen wird mit der Solidaritätsforderung, sondern möglicherweise ganz, wie Sie gesagt haben, könnte man dann sogar eine andere Solidaritätsforderung dagegehalten und sagen, Ganz im Gegenteil, erfordert die Solidarität mit meinen deutschen MitbürgerInnen, dass wir hier möglichst viele Menschen draußen halten, weil die ja unser Sozialsystem gefährden oder was auch immer. Das sind ja so die, wenn man das genauer anguckt, wie funktioniert diese Figur an anderer Stelle am rechten Rand im politischen Spektrum, dann das sozusagen erklärt, aber warum auch da natürlich der Solidaritätsbegriff problemlos verwendet werden kann.

Kathrin Fischer:

[1:13:39] Also es ist schon interessant, wenn ich Ihnen zuhöre, dann kriegt man ja schon den Eindruck, es ist tatsächlich ein so unbestimmbarer, chameleonhafter Begriff, der sich für alles verwenden lässt, dass das eigentlich für mich jetzt fast schwierig ist, den noch ernst zu nehmen als so eine politische Intervention. Und das ist aber auch blöd, oder?

Andreas Busen:

[1:14:03] Es gibt da, glaube ich, schon unterschiedliche Wege, damit ein bisschen konstruktiver umzugehen. Zum einen, wir hatten vorhin sowas wie ArbeiterInnenbewegungen angesprochen oder so, können wir jetzt im modernen Kontext über die Gewerkschaften und deren Arbeit zum Beispiel sprechen. Da gibt es ja schon eine gewisse Tradition, in der der Begriff und eine bestimmte Form des Begriffs steht. Und das verleiht dem Ganzen natürlich innerhalb dieses Kontextes durchaus einen bestimmten Wert und führt auch dazu, dass sozusagen der Solidaritätsgedanke jetzt zum Beispiel im gewerkschaftlichen Kontext, glaube ich, nach wie vor wichtig ist und nach wie vor eine Bedeutung hat, weil zumindest bestimmte Aspekte davon anerkannt werden, auch weiterhin von den Mitgliedern der relevanten Gruppe. Dann wäre es, glaube ich, sogar eher spannend zu gucken, wo man genau diese Tatsache, dass eine bestimmte Idee von Solidarität in diesen Kontexten durchaus Gewicht hat und Anerkennung findet, wie man das möglicherweise kreativ nutzen kann. Also wenn man zum Beispiel sich jetzt im Erziehungsbereich anguckt, wie eine Gewerkschaft wie Verdi versucht, derzeit, nicht nur auf Bundesebene, sondern auch wirklich in partikularen Kontexten.

Andreas Busen:

[1:15:17] Sich bewusst und sehr deutlich von einer Gewerkschaft wie der GEW abzusetzen und zu sagen, nee, da müssen wir, da dürfen wir nicht zusammenarbeiten und da, wo noch kooperiert wird in einzelnen Kontexten, müssen wir diese Kooperationen aufkündigen, um unser Profil als Verdi irgendwie zu profilieren, könnte man natürlich durchaus, und ich würde auch denken, völlig zu Recht, das als ein mindestens unsolidarisches Verhalten charakterisieren, weil es tatsächlich der gemeinsamen Sache, nämlich an der Stelle sozusagen der gemeinsamen Betroffenheit, der gemeinsamen Problemlage, dem gemeinsamen Kämpfen, die die Mitglieder beider Gewerkschaften eigentlich verbinden, genau entgegenhandelt und das sozusagen verneint oder sozusagen nicht hinreichend berücksichtigt oder nach hinten stellt zugunsten anderer Anliegen, nämlich an der Stelle sozusagen der Profilierung als Gewerkschaft und möglicherweise der Mitgliedergewinnung und so weiter und so fort. Also als ein Beispiel irgendwie so.

Kathrin Fischer:

[1:16:14] Aber das heißt ja, dass Sie den Begriff, obwohl Sie jetzt durch Begriffsgeschichte und sozusagen durch Begriffsdefinition klar gemacht haben, okay, der ist anschlussfähig in viele Richtungen, dann doch sagen, so ganz aufgeben will ich ihn nicht. Er hat in der Geschichte eben durchaus in progressiven Kontexten große Wirkung erzeugt. Und das heißt ja aber auch, er ist normativ dann durchaus aufgeladen. Man stellt sich was damit vor. Und das würden Sie jetzt trotz dieser kritischen Untersuchung nicht einfach drangeben wollen, sondern sagen, den kann man schon noch verwenden.

Andreas Busen:

[1:16:47] Ich denke ja. Und das, wie gesagt, hängt wiederum von unterschiedlichen Kontexten ab, in denen man sich den Begriff und Möglichkeiten seiner Verwendung angucken kann. Aber ich würde es zum Beispiel auch sagen, gerade im politischen Kontext, abhängig von den konkreten Systemen, in denen wir uns da auch bewegen. Aber wir nehmen das mal sozusagen in demokratischen Kontext und sozusagen diese klassische Situation, wo wir in westlichen Demokratien häufig so ein bisschen auf unsere eigene Geschichte zurückblicken und sagen, naja, da gab es durchaus noch Phasen, in denen unsere Ordnung sehr stark durch Exklusion geprägt war, durch Ungleichheit geprägt war, wo

Frauen keine Rechte hatten, wo Farbige keine Rechte hatten und so weiter und so fort. Aber das haben wir ja zum Glück alles irgendwann gemerkt und überwunden. Und jetzt haben wir eigentlich das größtenteils alles im Griff. Und so richtig viel Exklusion gibt es eigentlich in demokratischen Gesellschaften nicht mehr. Und da, wo sie vielleicht noch vorhanden ist, können ja die Betroffenen, können die Menschen, die weiterhin marginalisiert, diskriminiert werden oder sich zumindest so fühlen oder sich exkludiert fühlen, können das ja öffentlich kundtun, können das problematisieren. Und dann wird der demokratische Prozess das entsprechend auch auffangen und entsprechend automatisch eine Transformation einleiten, die das Gleichheitsversprechen zum Beispiel noch weitergehend umsetzt. Das ist ja so ein bisschen so diese Erfolgserzählung in westlichen Demokratien.

Andreas Busen:

[1:18:16] Zum einen ist die natürlich hochproblematisch und falsch und basiert so ein bisschen auf der Annahme zu sagen, in einer Gesellschaft, in der niemand sich beschwert, ist offensichtlich alles okay. Und ganz im Gegenteil könnte es natürlich einfach nur sein, dass bestimmte Stimmen einfach nicht vernehmbar sind. Und genau da könnte natürlich Solidarität als eine bestimmte Haltung, die möglicherweise von den BürgerInnen kultiviert wird regelrecht, durchaus eine wichtige Funktion spielen. Das ist dann sozusagen eine bestimmte Idee von Solidarität an der Stelle, die man möglicherweise demokratische Solidarität oder so ähnlich nennen könnte, weil natürlich sozusagen, wenn damit sowas einhergeht wie die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Beziehung zu den MitbürgerInnen und auch die relative Position von anderen MitbürgerInnen, deren Betroffenheiten, deren Anliegen, deren Problemlagen möglicherweise im Blick zu haben und auf eine bestimmte Art und Weise zu beobachten und eben nicht nur sich selbst zu beobachten. Und sich nach dem eigenen Wohlergehen zu blicken. Und da sind wir natürlich jetzt schon an dem Punkt, von dem wir ausgegangen sind. Stichwort Hyperindividualismus. Wenn also so einfach...

Andreas Busen:

[1:19:25] Also wenn so eine Haltung, die einfach erstmal nur darin besteht, ein bisschen links und rechts zu gucken und ein bisschen sensibel zu sein für andere Dinge, die in der Gesellschaft passieren, und dann gegebenenfalls obendrein bereit zu sein, an bestimmten Stellen, wo man das Gefühl hat, Irgendwas läuft hier schief. Irgendwas ist hier ein Problem, das wir vielleicht nicht hinreichend wahrnehmen, das vielleicht nicht hinreichend diskutiert wird. Und eventuell kann ich da was daran ändern, indem ich mich jetzt mit einem bestimmten Anliegen, das bisher nicht wirklich sichtbar ist, mit einer bestimmten Gruppe, die marginalisiert, die unsichtbar ist, dass ich mich aus einer relativ privilegierten Position mit dieser Gruppe solidarisiere und sozusagen meine entsprechend vernehmbarere Stimme diesem Anliegen leihe. Dann kann das natürlich ein ganz entscheidendes Korrektiv sozusagen für so eine demokratische Genügsamkeit, wie man das vielleicht nennen könnte, zum Beispiel sein.

Kathrin Fischer:

[1:20:21] Das wäre dann die Solidarität mit anderen. Also ich wäre dann sozusagen, ich wäre solidarisch mit Minderheiten zum Beispiel.

Andreas Busen:

[1:20:27] In dem Fall wäre es wahrscheinlich eine konkrete Solidarisierung mit zum Beispiel einer bestimmten marginalisierten Gruppe oder so. Es wäre aber natürlich gleichzeitig keine komplett uneigennützige Solidarität, weil ich an der Stelle ja tatsächlich als ein Mitglied des betreffenden Gemeinwesens, der ich ja auch Mitautor dieser politischen Ordnung in der Demokratie bin, da durchaus gleichzeitig natürlich auch agiere und sage, das ist nicht nur das Problem dieser Gruppe, das ist auch mein Problem, weil ich damit verantwortlich bin und weil ich vielleicht selber nicht in dieser Gesellschaft leben möchte.

Kathrin Fischer:

[1:21:03] Das würde mich sozusagen zu meiner letzten Frage bringen. Ich habe am Anfang so gedacht, ein bisschen ist Solidarität vielleicht sowas wie Resilienz. Es ist mehr so ein Krisenphänomen als ein Beitrag zur Lösung. Jetzt nach dem Gespräch mit Ihnen bin ich tatsächlich anderer Meinung. Ich sehe die Komplexität im Begriff, aber ich habe, als ich so ein bisschen auch natürlich über Sie geguckt habe, was forschen Sie, habe ich gesehen, dass Sie auch ganz viel auf Veranstaltungen zum Thema Solidarität unterwegs sind, immer wieder eingeladen sind, weil der Begriff so populär ist. Und auf vielen dieser Veranstaltungen wird dann immer eine Frage gestellt, die aus der Krisenhaftigkeit unserer Gesellschaft entsteht. Das ist ja übrigens interessant, finde ich, dass, wie Sie das Frankreich des 19. Jahrhunderts geschildert haben, ich finde, dass viele von diesen Krisenbeschreibungen auch auf uns zutreffen. Die Wiederkehr der sozialen Frage, zum Beispiel, wir haben jetzt noch Artensterben und Klimawandel dazu bekommen. Aber ein paar Sachen sind ja heute auch wieder da. Und diese Frage, die da immer wieder gestellt wird, die lautet dann, kann Solidarität unsere Gesellschaft vor dem Auseinanderbrechen bewahren? Und eigentlich, finde ich, haben Sie jetzt fast schon in Ihrem letzten Statement so eine Art Schlusswort dazu gegeben und haben gesagt, ja, also so habe ich sie interpretiert, ja, kann sie, weil ich im Solidarisieren mit Menschen, die eine weniger laute Stimme haben, die Demokratie lebendig erhalte. Ist das so?

Andreas Busen:

[1:22:32] Das wäre eine Möglichkeit. Es ist tatsächlich eben, glaube ich, kein Allheilmittel oder andersrum sozusagen nichts, was sozusagen zu garantiertem Erfolg führt, weil es eben tatsächlich, das haben wir jetzt sehr ausführlich besprochen, auch andere Möglichkeiten gibt, den Begriff zu nutzen, die möglicherweise sehr problematisch sind. Und das ist ja erstmal nicht unterscheidbar, ob ich sozusagen zu Recht mich mit einer marginalisierten Gruppe solidarisiere und damit auf eine Problemlage aufmerksam mache und möglicherweise korrekt ein Problem identifiziere oder an der Identifikation mitwirke, das dann behoben werden kann. Oder ob das möglicherweise in eine ganz andere Richtung geht, ob das möglicherweise eher zu sowas wie Regression, zu einer Art von demokratischen Regressionen führen kann. Das ist nicht ausgemacht im Vorfeld sozusagen. Es kann beides, aber es kann eben auch das eine. Also insofern ja, ob das tatsächlich aber auf der Ebene des Auseinanderbrechens von Gesellschaften insgesamt ein Heilmittel ist, ist, glaube ich, nochmal eine andere Frage. Weil selbst wenn ich sehr sensibel, sehr aufmerksam für andere, für Andersartigkeit bin und das möglicherweise auch kultiviere durch.

Andreas Busen:

[1:23:48] Das ist ein Plädoyer, das ich sehr prominent in einer ähnlichen Form zum Beispiel auch bei Richard Rorty, dem US-amerikanischen Philosoph, ja findet, der zum Beispiel sagt, naja, wenn wir uns zum Beispiel durch das Lesen von Büchern auf eine Art und Weise weiterbilden, weil uns diese Lektüre andere Perspektiven eröffnet. Und dadurch einfach sozusagen uns sensibler macht für Andersartigkeit. Das kann ich alles machen, aber das heißt ja nicht, dass ich an den materiellen Verhältnissen und an den materiellen sozialen und gesellschaftlichen Verhältnissen irgendetwas ändere. Und das wäre wahrscheinlich eher die Quelle für ein Auseinanderbrechen von Gesellschaften. Und ob da Solidarität zumindest als Begriff oder als eine begriffliche Strategie tatsächlich die Lösung oder auch nur irgendwie ein Heilmittel ist, bin ich mir nicht so sicher. Da ist man dann ganz schnell immer bei dieser Formulierung der gelebten Solidarität, wo ich aber auch im Einzelfall immer erstmal unsicher bin, was genau damit gemeint ist.

Kathrin Fischer:

[1:24:49] Also auch die Solidarität am 1. Mai auf der Straße ist dann vielleicht nur der erste Schritt zu einem weiteren Bekämpfen materieller Ungleichheiten.

Andreas Busen:

[1:25:00] Ja, aber, und das ist, glaube ich, der spannende Punkt, dass man sehen muss, dass, glaube ich, Solidarität als Begriff und als eine bestimmte Art von auch begrifflich vermittelter Praxis ist.

Andreas Busen:

[1:25:10] Trotzdem, glaube ich, immer mit so einem transformativen Anspruch einhergeht und immer mit so einer transformativen Zielsetzung. Und zwar anders als eben bestimmte Formen von Nächstenliebe, von Barmherzigkeit oder so. Also wenn ich einer bedürftigen Person irgendwie Geld spende, Geld schenke, dann lindert das möglicherweise die Not für den Moment. Aber das hat ja ganz offensichtlich keinen transformativen Effekt. Und das ist, glaube ich, was, wo Solidarität sich dann doch sehr stark unterscheidet von der Stoßrichtung her, weil Solidarität doch, glaube ich, immer mit der klaren Zielrichtung und der Forderung nach Veränderung und sozusagen nach wirklich Transformationen hergeht und nicht einfach nur, wir machen das jetzt für den Moment besser. Also insofern Solidarität mit Erdbebenopfern würde ich immer für eine etwas schiefe Formulierung halten oder für einen komischen Claim irgendwie, weil das ist ja völlig, völlig gut und richtig und angezeigt, sozusagen Menschen in Not zu helfen, wenn man kann. Aber das ist was anderes als Solidarität. Das ist Hilfe, das ist Unterstützung, das ist möglicherweise Nächstenliebe, je nachdem, was die konkrete Motivation ist. Aber das ist nicht Solidarität. Und Solidarität geht dann doch, glaube ich, an den Stellen, wo sie eingefordert wird, wo sie erklärt wird, doch immer. Und das macht sie eben nach meinem Dafürhalten zu einem originär politischen Begriff, wirklich mit einer letzten Endes politischen Forderung, aber vor allem einer Forderung eben nach Veränderung einher.

Kathrin Fischer:

[1:26:32] Also es bleibt sozusagen ein schillernder Begriff und anschlussfähig in viele Richtungen. Also ich habe viel gelernt und werde, glaube ich, auf diesen Begriff jetzt sehr viel differenzierter gucken

und ich werde aber weiter auf der Suche sein nach einem Gegenbegriff zu Hyperindividualismus. Mal schauen, ob ich ihn finde irgendwann.

Andreas Busen:

[1:26:53] Ich werde der Suche auf jeden Fall beiwohnen und werde das verfolgen und bin gespannt, dass das Ganze zu einem guten Ende führt.

Kathrin Fischer:

[1:27:01] Auf jeden Fall ganz, ganz vielen Dank für diese spannenden Ausführungen in und um Solidarität und für die Zeit, die Sie sich genommen haben mit einigen Internetproblemen.

Andreas Busen:

[1:27:12] Ja, ganz herzlichen Dank. Ich fand das sehr anregend. Es hat viel Spaß gemacht und wie immer verfliegt die Zeit viel schneller, als man denkt. Das ist immer ein gutes Zeichen und ganz herzlichen Dank. Das war Erschöpfung statt Gelassenheit. warum Achtsamkeit die falsche Antwort auf so ziemlich jede Frage ist. Ein Podcast von Katrin Fischer.